

- ❖ **EU:** BLUE CARD FÜR HOCHQUALIFIZIERTE
- ❖ **MITTELMEER:** EIN IBERISCHER FORSCHUNGSRAUM ENTSTEHT
 - ❖ **EU:** KRITISCHE BILANZ DES BOLOGNAPROZESSES
- ❖ **DEUTSCHLAND:** GEWERKSCHAFTEN FÜR DEMOKRATISCHE HOCHSCHULEN
 - ❖ **GROSSBRITANNIEN:** HOCHSCHULMINISTERIUM ABGESCHAFFT
 - ❖ **GROSSBRITANNIEN:** SPITZENUNIVERSITÄTEN PRIVATISIEREN?
 - ❖ **ITALIEN:** „BARONE“ WEHREN SICH MIT HÄNDEN UND FÜSSEN
 - ❖ **ÖSTERRICH:** MYSTERIÖSE GESETZESNOVELLE
 - ❖ **POLEN:** WUNSCH UND WIRTSCHAFT
 - ❖ **POLEN:** STRATEGISCHE MITTEL FÜR DIE ENTWICKLUNG
 - ❖ **PORTUGAL:** DEMONSTRATION FÜR FAIRE VERTRÄGE IN LISSABON
- ❖ **SCHOTTLAND:** FLUCHT AN DIE UNIVERSITÄTEN – UND IN DIE SCHULDEN
 - ❖ **SPANIEN:** GROSSER PAKT FÜR BILDUNG
 - ❖ **SPANIEN:** SOZIALER BOLOGNAPROZESS
- ❖ **TSCHECHIEN-DEUTSCHLAND:** HISTORISCHER UNIVERSITÄTSLAUF
 - ❖ **TÜRKEI:** EL DORADO FÜR INTERNATIONALE RECRUITER



UNRUHE MACHT SICH BREIT...

Ein europäischer Zwischenruf von Gerd Köhler*

... in den Schulen und Hochschulen. Ein „Bildungsstreik“ ist angesagt: über die Bildungsbereiche hinweg, länderübergreifend, grenzüberschreitend im Europäischen Hochschulraum. Das ist gut so.

Der Aufschrei ist überfällig. Man muss sorgfältig mit ihm umgehen, wenn er nicht schnell wieder in Vergessenheit geraten soll. Der Widerspruch muss von den Schülerinnen und Studierenden am eigenen Lern- und Arbeitsort entwickelt und immer wieder darauf bezogen werden: Wir unterbrechen unsere Lehrveranstaltungen, weil wir unzufrieden sind mit dem, was verordnet wird. Die Zahl der Studienplätze entspricht nicht der Zahl derer, die studieren wollen. Ein produktiv-kritisches Lernen in kleinen Gruppen findet zu selten statt. Die Verdichtung der Studiengänge durch eine falsch verstandene Modularisierung erschwert Praxis- und Auslandsaufenthalte. Wir unterbrechen unsere Arbeit, weil wir über ihren Sinn und ihre Perspektiven nachdenken und reden wollen. Wir wollen – wo das möglich ist auch mit den Lehrenden – darüber reden, was wir mit dem anfangen können, was wir an den Hochschulen lernen. Wir wollen heraus aus unserer Ohnmacht und Apathie, wir wollen uns auseinandersetzen mit dem gesellschaftspolitischen Rahmen unseres Studiums – auch mit der „Finanzkrise“. Wir wollen nicht zulassen, dass die Analyse der Ursachen verdrängt wird. Es geht um unsere Zukunft.

Es waren nicht „wenige Fehlgeleitete“, die den „besonderen Anforderungen“ nicht standgehalten haben. Wissenschaftlerinnen haben an der Entwicklung der desaströsen Finanzstrategien mitgearbeitet. Die meisten Banker und Broker haben ihre „Kompetenzen“ an Hochschulen erworben. Die weitgehend „sprachlos“ gebliebenen Wirtschaftswissenschaften können nicht außen vor bleiben, wenn die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf den Prüfstand gestellt wird.

Die Allianz derer, die die Finanzkrise als „Betriebsunfall“ verharmlosen wollen, scheint mit ihrem Konzept erfolgreich zu sein: aussitzen und weitermachen. Diejenigen, die durch Missmanagement und Raffsucht ihre Existenz bedroht sehen, sind den Europawahlen fern geblieben. Sie sehen offensichtlich keine Alternativen, die das Engagement lohnen.

Sich in die sozialen und ökonomischen Auseinandersetzungen einzumischen, wäre das nicht ein sinnvolles Ziel des „Bildungsstreiks“? Eine Bevölkerung, die sieht, dass ihre Fragen von den Hochschulen – von Wissenschaftlern und Studierenden – aufgegriffen und mit ihnen diskutiert werden, ist sicher bereit, auch die Hochschulen und ihre Studierenden zu unterstützen.

* Gerd Köhler sitzt im Hochschulrat der Universität Frankfurt und im Kuratorium der Hochschule Halle-Wittenberg, von 1980 bis 2006 war er Vorstandsmitglied der deutschen Bildungsgewerkschaft GEW.

BLUE CARD FÜR HOCHQUALIFIZIERTE

Der EU-Rat öffnet durch eine Richtlinie (1) den europäischen Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Arbeitnehmer aus Drittstaaten. Mit Einführung der „Blue Card“ genießen Fachkräfte aus Drittstaaten mit bestimmten Ausbildungs- und Berufserfahrungsnachweisen dieselben arbeitsrechtlichen Sicherheiten wie EU-Bürger und haben Anspruch auf dieselben Sozialleistungen. Die Richtlinie strebt europaweit einheitliche Regelungen für die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis an, lässt jedoch Zulassungsquoten der Länder unberührt. Im Einklang mit den nationalen Arbeitsmarktfragen wird ein gemeinsames europäisches Mindestgehaltsniveau anvisiert.

Als hochqualifiziert gilt eine Arbeit, für die ein Hochschul- oder Fachhochschulabschluss nötig ist. Die Blue Card gilt ein bis vier Jahre, kann verlängert werden, die Familienzusammenführung wird erleichtert, der Länderwechsel ist beschränkt. [870]

(1) Richtlinie 17426/08, 18.03.2009

EIN IBERISCHER FORSCHUNGSRaum ENTSTEHT



Portugal und Spanien besinnen sich auf gemeinsame Stärken. In Coimbra Ende April haben die Rektorenkonferenzen beider Länder, CRUP und CRUE, die Schaffung eines „Iberischen Raumes des Wissens“ beschlossen.

Im Geiste von Lissabon (2000) und Barcelona (2002) wollen die Rektoren die öffentlich-private Zusammenarbeit im Bereich der Technologieentwicklung stärken, die bisherigen Forschungsk Kooperationen ausbauen und für öffentliches Interesse an Wissenschaft, Ausbildung und innovativem Unternehmertum sorgen.

Durch regelmäßige Treffen sollen solide Austauschbeziehungen, etwa Doppelabschlüsse oder Programme für iberische Doktorate, begründet werden. Die beiden Rektorenkonferenzen kamen auch überein, koordiniertes Lobbying bei den eigenen Regierungen und in der EU zu betreiben und sich durch „kulturelle Diplomatie“ im Mittelmeerraum und in den iberischsprachigen Ländern weltweit zu engagieren. [897]

„Declaração de Coimbra“, 30.04.2009 (auf Spanisch)

KRITISCHE BILANZ DES BOLOGNAPROZESSES

Vertreter von zwölf europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen haben sich Ende Mai in Paris getroffen, um die Folgen des Bolognaprozesses zu diskutieren und einen Gegengipfel für „ein anderes Europa des Wissens“ im kommenden Frühjahr vorzubereiten.

Ihr Resümee: Der im Mai 1998 an der Sorbonne begonnene Bolognaprozess und die im März 2000 beschlossene Lissabon-Strategie haben die Hochschulen im Dienste wirtschaftlicher Rentabilität in eine allgemeine Konkurrenz untereinander gesetzt. Die Folgen: schleichende Privatisierung, Verquickung der Lehre mit Firmeninteressen, Prekarisierung der Arbeitsplätze und Verteuerung des Studiums.

Zugleich stellen die Teilnehmer aus Griechenland, aus Italien, aus Frankreich fest, dass die bisherigen Protestformen nicht wirksam waren und neue vonnöten sind. [807]

[Brief an die Europaparlamentarier](#), 01.06.2009 (auf Französisch)

DEUTSCHE GEWERKSCHAFTEN FÜR DEMOKRATISCHE HOCHSCHULEN

Deutsche Gewerkschaften arbeiten an einem „Leitbild für demokratische und soziale Hochschulen“, an dem sie ihre Politik der nächsten Jahre ausrichten wollen. Unter dem Dach der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB analysieren und diskutieren Experten und Gewerkschafter den Gesundheitszustand des deutschen Bildungswesens im europäischen Kontext.

Beim letzten Werkstattgespräch am 4. Juni in Berlin stellten hochkarätige Hochschulforscher wie Tino Bargel aus Konstanz oder Anke Burkhardt aus Wittenberg ihre Expertisen vor. Ihre Ergebnisse – etwa, wie sehr Selektion, Förderung und Studienanforderungen noch zu Ungunsten von Bildungsaufsteigern aus einkommensschwachen Familien ausgerichtet sind, oder wie der zunehmend prekäre „Arbeitsplatz Hochschule und Forschung“ durch sichere Verträge und Gehälter viel produktiver und attraktiver gemacht werden kann – sollen auf dem 3. Hochschulpolitischen Forum in diesem November vorgestellt werden. [940]

[Übersicht und Expertisen](#) der Böckler-Stiftung: „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule“

BRITISCHES HOCHSCHULMINISTERIUM ABGESCHAFFT

Im Juni 2007 von der akademischen Gemeinschaft gefeiert, wird das Department for Innovation, Universities and Skills unter Leitung von John Denham nach kaum zweijährigem Bestehen aufgelöst und mit dem Department for Business, Enterprise and Regulatory Reform verschmolzen. Das neue, auch für die Universitäten zuständige Ministerium wird „Department for Business, Innovation and Skills“ heißen und von Lord Peter Mandelson geleitet. Die Regierung will durch das neue Ministerium „Großbritanniens globale Wettbewerbsfähigkeit“ steigern und ist damit die erste, zumindest in der europäischen Geschichte, die die höhere Bildung ihres Landes offiziell der wirtschaftspolitischen Steuerung unterordnet.

Ungeachtet der historischen Tragweite ist die britische Hochschulgemeinschaft von Studenten und Rektoren über Wissenschaftler bis hin zu Gewerkschaftern nur besorgt, dass die Umstrukturierung das Bildungsbudget schmälern könnte. [926]

[Regierungserklärung](#) zur Neugründung des Ministeriums, 05.06.2009 (auf Englisch)



Lord Peter Mandelson, geb. 1953, verantwortlicher Minister in dem -Juni 2009 gegründeten- Department of Business, Innovation and Skills

ENGLANDS SPITZENUNIVERSITÄTEN PRIVATISIEREN?

Sir Roy Anderson provoziert gern. Der Rektor des Londoner Imperial College fordert, dass die fünf führenden Universitäten des Landes privatisiert werden, um eine Art britischer Ivy-League zu bilden.

In seiner Vision sollten das ICL, Oxford und Cambridge, die London School of Economics und das University College London losgelöst von den Restriktionen des Bildungsministeriums wirtschaften und so ihren internationalen Status als Eliteeinrichtungen ausbauen können.

Sir Roy argumentiert, dass die Spitzenuniversitäten zu sehr von der Regierungspolitik gegängelt werden. Er und viele der geschäftsführenden Vizekanzler der Universitäten würden gern bis zu 12.000 Euro Studiengebühren verlangen. Begabte Studenten, die diese Kosten nicht tragen können, würden zwar ausfallen, räumt er ein. Die Universitäten könnten sich aber die besten Lehrkräfte leisten, die jetzt noch durch einträglichere Angebote an die USA verloren gehen. [926]

Beitrag des [DAILY TELEGRAPH](#), 01.06.2009 (auf Englisch)

ITALIENS „BARONE“ WEHREN SICH MIT HÄNDEN UND FÜSSEN



Maria Stella Gelmini, geb. 1973,
seit 2008 italienische Ministerin für
Bildung, Universitäten und Forschung

Der scheidende Rektor der Universität von Bologna, Pier Ugo Calzolari, hat die Professoren über siebzig aufgefordert, ihren Hut zu nehmen. Er unterstützt damit das Gesetz Tremonti, dem zufolge alle Professoren im Alter über siebzig Jahren in den nächsten drei Jahren in Pension gehen müssen (s. Bulletin N°011 - 25.02.2009).

Calzolari, ansonsten kein Freund der Reformpolitik von Ministerin Mariastella Gelmini, unterstützt damit den Generationswechsel an Italiens Hochschulen, gegen den sich viele der „Barone“, der alten Herren, jetzt mit rund eintausend Arbeitsrechtsklagen wehren. Falls sie vor Gericht gewinnen sollten, sieht

Calzolari einen „finanziellen Zusammenbruch“ der Universitäten voraus, anstelle von „Einsparungen von vier Mio. Euro in 2010 und elf Mio. Euro in 2011“. [783]

Interview mit Pier Ugo Calzolari, [IL GIORNALE](#), 02.06.2009 (auf Italienisch)

ÖSTERRICH: MYSTERIÖSE GESETZESNOVELLE

Eine bisher unveröffentlichte Novelle zum österreichischen Universitätsgesetz lässt eine Entdemokratisierung des dreiteiligen Entscheidungssystems – Senat, Rektorat und Universitätsrat – befürchten. Angeblich soll die Stimme des Senats nach Beschluss des neuen Gesetzes etwa bei der Rektorenwahl oder der Entscheidung über Studienpläne nicht mehr gelten.

Noch köchelt nur die Gerüchteküche, da die Novelle noch niemand offiziell zu Gesicht bekommen hat. Zwar soll eine Kopie der Novelle in den Medien aufgetaucht sein, deren Echtheit wurde vom Wissenschaftsministerium aber dementiert. Ein Verstoß gegen die politischen Spielregeln der Demokratie, findet

Sigbert Schenk, der Vorsitzende des Senats der Universität für angewandte Kunst in Wien: „So etwas hat es noch nie gegeben, dass eine Novelle ohne öffentliche Begutachtung direkt in den Ministerrat gelangt.“ Noch diese Woche wird die Regierung über den mysteriösen Gesetzestext beraten. [941]

POLEN: WUNSCH UND WIRTSCHAFT

Die Wirtschaftskrise durchkreuzt das Kalkül der polnischen Regierung, die mit ihrem gegenwärtigen Reformprogramm „wirtschaftsrelevante“ Ausbildungen wie Ingenieurwesen, Maschinenbau oder Biotechnologie fördert. Es werden zwar wunschgemäß zum neuen Semester im Herbst an vielen Hochschulen mehr Studiengänge dieser Art angeboten – aber die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bleibt aus.

Geringe Nachfrage bei Personalagenturen und Studien von Arbeitsmarktexperten der Wrocław University of Economics zeigen, dass trotz wachsender Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft nur wenige Absolventen technischer Fächer Arbeit finden. Nach Angaben des Portals *pracuj.pl* beeinträchtigt die Wirtschaftskrise auch den Ingenieursarbeitsmarkt. Die Zahl der Stellenanzeigen fiel gegenüber 2008 um 30 %. Die niedrige Nachfrage fördert den Brain Drain: Polnische Ingenieure, Biotechnologen oder Physiker gehen ins Ausland. [908]

STRATEGISCHE MITTEL FÜR POLENS ENTWICKLUNG

Polens Wissenschaftsministerin Barbara Kudrycka hat den Start dreier strategischer Innovationsprogramme bekannt gegeben, die mit einem Budget von rund 86 Mio. Euro finanziert werden sollen. Verteilt werden die Mittel vom Nationalen Zentrum für Forschung und Entwicklung (NCBiR) auf Grundlage von Wettbewerben, an denen Hochschulen und Forschungseinrichtungen teilnehmen können.

Das größte, mit 66 Mio. Euro dotierte Programm soll fünf Jahre Entwicklung innovativer Technologien im Bereich der Energiegewinnung aus regenerativen Ressourcen finanzieren. „Die Regierung konzentriert ihre Aktivitäten darauf, dass die Energiegewinnung in Polen künftig aus verschiedenen Quellen erfolgt“, sagte Kudrycka bei einer Pressekonferenz am 2. Juni. Als nächstes stehen die Entwicklung einer interdisziplinären Informationsplattform im wissenschaftlich-technischen Bereich und die Verringerung des Energieverbrauchs von Gebäuden auf der Agenda. [931]



Barbara Kudrycka, geb. 1956,
Polens Ministerin für Wissenschaft
und Hochschulbildung seit 2007

Pressemitteilung des Wissenschaftsministeriums, 03.06.2009

DEMONSTRATION FÜR FAIRE VERTRÄGE IN LISSABON



Mariano Gago, geb. 1948,
Portugiesischer Minister für
Wissenschaft, Technologie und
Hochschulen seit 2005

Am Mittwoch, dem 3. Juni, haben Hunderte Dozenten polytechnischer Hochschulen in Lissabon vor dem Parlament demonstriert. Die drei polytechnischen Institute in Lissabon, Coimbra und Porto waren an diesem Tag geschlossen. Ihr Protest richtete sich gegen eine neue Verfügung des Bildungsministers Mariano Gago, wonach alle Lehrkräfte an diesen Hochschulen sich ab diesem Jahr für ihre Stellen neu bewerben müssen.

Ungefähr 4000 Dozenten, Professoren, Assistenten, Doktoranden sind davon betroffen. Viele arbeiten auf der Basis von Zweijahresverträgen, nicht selten bereits seit fünfzehn oder zwanzig Jahren. Während die Verträge bisher für gewöhnlich automatisch verlängert wurden,

sollen jetzt alle öffentlich neu ausgeschrieben werden.

Die Demonstranten haben gegen eine unabhängige Prüfung der Lehrtauglichkeit nichts einzuwenden, wohl aber gegen die zunehmende Prekarisierung ihrer Arbeitsverhältnisse. [904]

Pressemitteilung der Hochschulgewerkschaft SNESup, 04.06.2009 (auf Portugiesisch)

SCHOTTLAND: FLUCHT AN DIE UNIVERSITÄTEN – UND IN DIE SCHULDEN

Hard times für schottische Studienbewerber und Absolventen. Schon gibt es über 32.000 mehr Bewerbungen auf Studienplätze als im Vorjahr, und es wurden gerade erst 30 der 43 schottischen Universitäten gezählt. Um nicht „eine ganze Generation zu verlieren“, fordern Labourpolitiker 30 Mio. Pfund mehr für neue Studienplätze, doch viele Kurse sind jetzt schon voll.

Als Hauptursache der sprunghaft um bis zu 60 % gestiegenen Bildungsnachfrage ist die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt. Auch das Angebot an Teilzeitjobs ist eingebrochen und immer mehr Studenten müssen die Reißleine ziehen. 35 Studenten melden sich jeden Monat allein in der Region um Edinburgh insolvent, weil sie die Schulden nicht mehr tragen können. Vor zehn Jahren waren es noch fünf pro Jahr. Die Anträge auf finanzielle Unterstützung sind um die Hälfte gestiegen. „Hunderte oder sogar Tausende Studenten“, sagt Studentenvertreter Adam Ramsay, „leben in Armut.“ [932]

SPANIEN: GROSSER PAKT FÜR BILDUNG

Ende Mai hat der spanische Bildungsminister Ángel Gabilondo Fördermaßnahmen „zum Anreiz zum längeren Verbleib im Bildungssystem“ vorgestellt. Diese sind Teil eines „großen sozialen und politischen Plans“, mit dem Gabilondo die Anpassung der spanischen Universitäten an den Europäischen Hochschulraum, ihre technologische Modernisierung und den aktiven Dialog mit den Studenten erreichen will.

Gabilondo nimmt den Anspruch der „soziale Dimension“ im Löwener Kommuniqué ernst und hebt die Studienfinanzierung auf 0,2 % des Sozialprodukts an. Er erhöht die individuelle Studienbeihilfe um 12 % auf 2800

Euro für das kommende Studienjahr; diese Beihilfe soll bis 2015 schrittweise auf das Niveau des gesetzlichen Mindestlohnes von 624 Euro im Monat steigen. Neben Unterstützung etwa für Behinderte ist vorgesehen, dass arbeitslose Akademiker bis 40 Jahre sich kostenlos für einen Master einschreiben können. [903]

Pressemitteilung des Ministeriums, 29.05.2009 (auf Spanisch)

SOZIALER BOLOGNAPROZESS IN SPANIEN

Unter dem Vorsitz von Bildungsminister Ángel Gabilondo hat der spanische Rat der Universitäten am 1. Juni einen Großteil der Studienabschlüsse bolognakompatibel gemacht. 813 Bachelor- (títulos de grado) und 852 Masterkurse wurden überprüft und können, sobald die Autonomen Gemeinschaften (d. h. die Regionalregierungen) sie anerkannt haben, im nächsten Semester studiert werden. Ziel der Umstellung ist die Übertragbarkeit der Abschlüsse im Europäischen Hochschulraum.

Zugleich hat die Konferenz für Universitätspolitik, die den Bundesminister und die Verantwortlichen der Regionen für Bildung vereint, beschlossen, die Einschreibengebühren für alle Kurse, einschließlich der Master, die in Spanien zwischen 500 und 1300 Euro liegen, im kommenden akademischen Jahr nicht anzuheben. [780]



Ángel Gabilondo, geb. 1949,
spanischer Bildungsminister
seit April 2009

HISTORISCHER UNIVERSITÄTSLAUF VON PRAG NACH LEIPZIG

600 Jahre ist es her, dass der böhmische König Wenzel IV. die Deutschen aus der Karls-Universität in Prag vertrieben hat. Die Strecke, die tausend Scholaren und Magister damals zurücklegten,



Vor dem historischen Lauf von Prag nach Leipzig an der Karls-Universität, 4. Juni 2009

um in Leipzig eine neue Universität zu gründen, liefen in der ersten Juniwoche deutsche und tschechische Studenten und Dozenten noch einmal ab. Die 32 Staffelläufer folgten der Alten Salzstraße, einem historischen Fernhandelsweg übers Erzgebirge, um nach fünf Tagen von der Moldau an die Pleiße zu gelangen.

Der Lauf zeigt, dass die Bande zwischen den beiden Universitätsstädten über die Jahrhunderte frisch geblieben sind. Engen Beziehungen in der DDR-Zeit folgten noch engere nach der Wende, Peter Stüwe von der Universität Leipzig freut sich, „dass wir zu unseren tschechischen Freunden nicht nur ein herzliches, sondern auch ein wissenschaftlich ausgeprägtes Verhältnis haben.“ [872]

www.prag-leipzig.de

TÜRKISCHES EL DORADO FÜR INTERNATIONALE RECRUITER

Rund 1,5 Mio. türkische Schulabgänger finden in diesem Jahr keinen Platz an einer Hochschule des Landes – ein gefundenes Fressen für internationale Recruiter. Über 150 Universitäten aus mehr als 22 Ländern haben deshalb besondere Anreize geschaffen, um die Studieninteressenten zu werben. Amerikanische, französische und britische Hochschulen, die selbst einen Nachfragerückgang bei den Einschreibungen verzeichnen, offerieren Stipendien, die bis zu 80 Prozent der Studiengebühren decken. Auch die Angebote von Sprachschulen und anderen privaten Bildungseinrichtungen boomen, so die Auslandsabteilung des türkischen Bildungsministeriums gegenüber der Nachrichtenagentur *Today's Zaman*.

Zur Zeit sind zirka 45.000 türkische Studenten im Ausland, die meisten in Deutschland, den USA und England – Tendenz steigend. [811]